

# Der Kanzler im Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des Reichstags trat heute vormittag um 10 Uhr wieder zusammen. Man sah dem Fortgang der Verhandlungen nach den Ereignissen des gestrigen Tages mit besonderer Spannung entgegen, und so erklärt sich, daß die Beteiligung aus den Kreisen der Abgeordneten an der heutigen Sitzung noch stärker war, als an den beiden vorhergehenden Tagen. Reichskanzler Dr. Michaelis erschien kurz vor Beginn der Sitzung; von der Regierung nahmen weiter der Stellvertreter des Kanzlers, Dr. Helfferich und Staatssekretär von Kühlmann an den Beratungen teil.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Abg. Fehrenbach entstand eine lange Auseinandersetzung, in deren Verlauf über Indiskretionen der Presse aus dem für vertraulich erklärten Teil der gestrigen Sitzung Beschwerde geführt wurde. Auch diese Auseinandersetzung wurde für vertraulich erklärt.

## Die Erklärung der Mehrheit.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter kam im Auftrage der Mehrheit in einer kurzen Erklärung auf die Kundgebung zurück, die gestern der Abg. Ebert ebenfalls im Auftrage der Mehrheit im Ausschuß vorgetragen hatte. Er erklärte, daß nach Ansicht der Mehrheit Punkt 1 nicht mehr notwendig gewesen wäre, wenn die zweite Erklärung des Reichskanzlers bereits formuliert vorgelegen hätte. (In dem Punkt 1 war ausgesprochen worden, daß in den Vorverhandlungen über die Friedensresolution vom 19. Juli zwischen der Vertretern der Parteien und dem Reichskanzler keine Partei hätte annehmen können, daß der Reichskanzler sich nicht auf den Boden der Reichstagsentschließung stellen würde.)

Hierauf wurde die allgemeine Aussprache über die auswärtige Politik fortgesetzt. Der fortschrittliche Redner, der soeben im Namen der Mehrheit die obige Erklärung abgegeben hatte, billigte weiter die programmatischen Ausführungen des neuen Staatssekretärs, insbesondere seinen Hinweis auf das Studium der öffentlichen Meinung im Ausland als eine der wichtigsten Aufgaben der auswärtigen Politik. Heute werde das allerdings schwer durchzuführen sein, aber es eröffneten sich im Osten Perspektiven, die man schon jetzt ins Auge fassen müsse. Die „Deutsche Tageszeitung“ habe Herrn von Kühlmann als ungeeignet für seinen Posten bezeichnet, ein Urteil, das dem Staatssekretär im Ausland sicher nicht geschadet haben wird. Ueber die Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn im Juli 1914 sollte dem Reichstage genauere Auskunft gegeben werden, als es durch das deutsche Weißbuch geschehe. Der Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über die Unterhaltung Gerards mit dem Kaiser und über das Kaisertelegramm an Wilson sei nicht glücklich gewesen.

Der Redner fragte, was an den Behauptungen der „Neuen Züricher Zeitung“ über Telegramme, die dem Kriegsausbruch vorausgegangen sein sollen, richtig sei. Die Friedensresolution sei eine glückliche Tat des Reichstags gewesen. Es waren falsche Anschauungen im Publikum erweckt worden, so daß die Situation nicht überall richtig erkannt wurde. Die Verteilung von Schriften des Lehmannschen Verlages an der Front sei das widerspruchsvollste, was man sich denken könne angesichts der Erklärungen des Reichskanzlers vom 19. Juli, die doch im Einverständnis mit der Obersten Heeresleitung erfolgt seien. Welches Kapital stehe denn eigentlich hinter diesem Schriftenvertrieb. Die dem Annektionismus zuneigende „Abnische Volkszeitung“ werde an einzelnen Stellen amtlich vertrieben, die „Frankfurter Zeitung“ aber vereinzelt verboten. Hier spielen tendenziöse Bestrebungen hinein. Die „Frankfurter Zeitung“ sei sogar schon zweimal unter Präventivzensur gestellt und ihr Telefonverlehr mit der Berliner Redaktion überwacht

worden. Ein solcher Zustand sei unerträglich und unvereinbar mit der Bildung einer zuverlässigen öffentlichen Meinung. Angriffe gegen die Friedensresolution des Reichstags zu richten sei verwerflich, weil die Gründe für sie nicht ungeschminkt dargelegt werden könnten.

## Kriegs- und Friedensströmungen.

Durch die Friedensidee, die eine demokratische und christliche Idee sei, sei die Ententepolitik in die Defensive gedrängt worden. Der gestrige Beschluß der englischen Arbeiterpartei über Stockholm bedauerte eine Auslieferung gegen die Politik Lloyd Georges. Auch in Rußland sei der Grund zu einer Gesundung der öffentlichen Meinung gelegt worden. Die Friedensresolution des Reichstages hat die päpstliche Note erst möglich gemacht, sie natürlich aber nicht veranlaßt. Auch in der „Westminster Gazette“, dem Blatt Greys und Asquiths, werde die plumpe Art von Lloyd George getadelt. Überall seien also Ansätze einer Reaktion gegen die Kriegsströmungen vorhanden. Die Parteien, die die Wirkung der Friedensresolution überall beeinträchtigt haben, dürfen sich nicht darüber wundern, daß nun die Wirkung nicht größer wurde, als sie tatsächlich war. Die Ausführungen des Grafen Schwerin über die Hinausschiebung der preussischen Wahlreform kompromittieren den Reichskanzler und zwingen ihn, seine Politik in Zukunft klarer und unzweideutiger darzulegen. Selbstverständlich seien die Waffenerfolge die Grundlage unserer Politik im gegenwärtigen Augenblick. Aber die Politik sei dem wunderbaren Heere auch schuldig, etwas für den Frieden zu tun. Die Konservativen sind mit schuld an der Züchtung der Alldeutschen. Wenn jedes Wort an seiner Wirkung auf das Ausland gewogen werden soll, welches Maß von Schuld tragen dann die Alldeutschen und ihre Patronage.

## Die Reichstagsresolution.

Der Abg. Hausmann kam schließlich zu sprechen auf die Vorgeschichte der Friedensresolution und die Haltung der Regierung zu ihr. Innerhalb der Mehrheitsparteien gab es keine Meinungsverschiedenheiten über Sinn und Inhalt der Resolution, erst der Reichskanzler hat Zweifel und Unsicherheit hineingertragen. Ob diese Zweifel jetzt ausgeräumt sind, muß abgewartet werden. Voraussetzung dafür, daß die Friedensresolution ihren Zweck erfüllt, nämlich den feindlichen Kriegswillen zu lähmen, ist, daß sie einen überzeugten und überzeugenden Ausdruck in der Regierung findet. Stellt sich ein Minoritätskanzler widerstrebend unter dem Vorbehalt des Widerrufs auf den Boden der Resolution, so erscheint er dem Ausland gegenüber schwach und unaufrichtig, und die Majorität, die sich dieses bieten läßt, bekommt den Stempel der Hilflosigkeit; ihre Resolution wird entwertet. Das Problem ist, dem Ausland gegenüber gleichzeitig maßvoll und stark zu erscheinen. Dazu wäre eigentlich ein Kanzler nötig, der die Majoritätsgesinnung schon vertrat, als wir fast vor Paris standen. Der könnte führen, denn er wäre manchem von uns voran gewesen. Ein solcher Kanzler hätte die feste Basis des gefühlsmäßigen Vertrauens der Majorität, und alle nervösen Bergewissensversuche würden aufhören. Gerade unsere gute militärische Situation ermöglicht es uns, dem Ausland gegenüber in unserer Kriegsziele maßvoll aufzutreten, ohne den Eindruck der Schwäche hervorzurufen.

Die Deutung „Zeichen der Schwäche“ ist im Ausland nur dann möglich, wenn jemand, den das Ausland für einen Annektionisten hält, plötzlich maßvoll in seinen Kriegszielen wird. Es soll nicht gesagt sein, daß der Kanzler ein Annektionist ist. Aber auffällig ist, daß die rechtsstehenden Parteien ihn immer wieder als ihren Mann begrüßen. Diese Atmosphäre bringt ein Element der Unsicherheit in den Reichstag und auch in die Massen, das be-

seitigt werden muß, wenn wir unsere militärisch gute Situation ausnützen wollen. Die Entente ist moralisch schwächer als wir. Das ist unsere große Siegeschance. Aber wir können diese Chance nur ausnützen und den Zusammenbruch der feindlichen Moral durch politische Mittel nur herbeiführen, wenn bei uns volle Einigkeit besteht. Besonders wertvoll ist ein Kanzler, der nicht nur humane Gesinnung, sondern auch die suggestive Kraft hat, diese Gesinnung zum Ausdruck zu bringen. Denn, da wir, wie Staatssekretär von Kühlmann richtig gesagt hat, schon heute mit der öffentlichen Meinung des feindlichen Auslands in Verhandlung stehen, so wird die große Politik zu einer Kunst des Ausdrucks. Wir wünschen uns eine Regierung, die rein durch ihre führenden Persönlichkeiten die Kräfte der Versöhnung wahrhaft.

Oberst Batz bespricht die Maßnahmen gegen die „Frankfurter Zeitung“ und teilt mit, daß den Beschwerden abgeholfen ist.

Ein nationalliberaler Vertreter wendet sich zu den gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs von Kühlmann. Es sei nicht richtig, daß nur die rechts stehenden Blätter gegen den neuen Staatssekretär Stellung genommen hätten, auch ein liberales Blatt, wie die „Vossische Zeitung“, hätte mit unverkennbarer Deutlichkeit auf die politische Vergangenheit des Staatssekretärs hingewiesen und vor einer Orientierung nach englischer Seite mit Nachdruck gewarnt. In Anknüpfung an die gestrige Rede des Staatssekretärs, nach welcher nicht nur die Macht, sondern auch das Recht in der Vordergrund zu stellen sei, hebt der nationalliberale Vertreter hervor, daß England in seiner jahrhundertlangen Politik immer nur den Machtfaktorpunkt vertreten habe.

Bei Schluß des Blattes antwortet Staatssekretär von Kühlmann.